**BIT-News**

***Neuigkeiten von der Bürgerinitiative Tinkrathstraße (BIT)***

Liebe Nachbarn und Interessenten,

nach der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes im September und der sehr stark besuchten Bürgerinformation durch die Stadt ist es ein wenig ruhiger geworden. Aber es geht beharrlich weiter!

**Recht auf Antwort auf Ihre Einsprüche**

Wenn auch Sie einen Einspruch gegen die Planung schriftlich oder auf der Versammlung vorgebracht haben, besteht ein Recht auf entsprechende Bearbeitung und Beantwortung durch die Stadt. Aber das kann sich natürlich hinziehen. Wem es zu lange dauert, der kann ja mal um einen Bescheid bitten.

Wenn man allerdings den nichtssagenden Formbrief erhält, wie er als Beispiel in der Anlage beigefügt ist, darf man nicht enttäuscht sein: Diese Einsprüche sind der Stadtplanung lästig und behindern das „Weitermachen wie üblich“.

Wir haben in der Zwischenzeit ein intensives Gespräch mit Frau Britta Stalleicken (Stadträtin von den Grünen) geführt, die sich sehr stark in die Organisation der Initiative Tilsiter Straße eingebracht hat. Es wurde dabei deutlich, wieviel Durchhaltevermögen, Sachverstand und konkrete Arbeitund Mitwirkung vieler aufgewendet werden müssen, um der Verwaltung und den Grundstücks-eigentümern zu begegnen.

Die Unterstützung der Fraktion der Grünen (wie auch natürlich der MBI) war ja schon in der Bezirksvertretung und im Planungsausschuss deutlich geworden, wurde aber noch einmal bestätigt. Es ist angedacht, dass wir ein Gerät zur Messung der Luftqualität einsetzen dürfen, mit dem wir das bereits jetzt bestehende Verkehrsproblem an der Tinkrathstraße auch unter dem Aspekt der Luftverschmutzung dokumentieren können.

**Schon jetzt große Verkehrsbelastung**

Eine besondere Aktion ist die gerade angelaufene Verkehrszählung an drei Punkten der Tinkrathstraße (Einmündung Velauer Str. / Kreuzung Diepenbeck / Einmündung Rumbachtal), die von Frau Sonja Döppe initiiert und organisiert wurde und an der viele Zähler mitgewirkt haben.

Dadurch, dass die offiziellen Standards für Verkehrszählung eingehalten werden, gewinnen wir ein wichtiges Argument gegen die Behauptung der Verwaltung, dass der zusätzliche Verkehr durch die ca. 60 Wohneinheiten kein Problem darstellt.

Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass es sich hier zu einem großen Teil auch um Durchgangsverkehr handelt, der in der Planung keinen Niederschlag findet.

Am Rande sei erwähnt, dass die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 1 als Antrag gestellt hat, was Herr Schulten-Baumer bei der öffentlichen Anhörung vorgeschlagen hat: Zur Erleichterung des Verkehrs, insbesondere des Einbiegens von der Velauer Straße in die Tinkrathstraße, soll der Pflanzkübel entfernt werden. Als ob sich dadurch auch nur eines der Bedenken gegen die Verkehrsbelastung durch die Ausweisung eines neuen Baugebietes vermindern würde! Allein die aktuelle Behinderung durch die kleine Baustelle an der Einmündung von der Diepenbeck in die Tinkrathstraße zeigt doch, wie stark die Straße jetzt schon belastet wird!

Ein besonderer Haken bei der Planung ist die Vielzahl der Gutachten, die die Stadt entsprechend dem Bauplanungsrecht einholen muss. Ein großer Teil davon muss an externe Gutachter vergeben werden. Da die Stadt hierfür aber kein Geld hat, bot der Bauinteressent ja eine Vorfinanzierung an.

**Fragwürdige Finanzierung der Gutachten**

Dagegen haben wir zunächst bei der Stadt Bedenken angemeldet, denn es fände eine Kreditaufnahme statt, obwohl die Stadt Mülheim bilanziell überschuldet ist. Und es ergibt sich daraus eine Bindung für die politischen Gremien, die dem Bebauungsplan schon deswegen zustimmen müssen, weil kein Geld vorhanden wäre, um die vorfinanzierten Beträge zurückzuzahlen.

Dieses Verfahren, dass nämlich die Vorlaufkosten von den mit der Wertsteigerung ihrer Grundstücke Begünstigten getragen werde, ist aber in Mülheim nach schriftlicher Einlassung des Beigeordneten Peter Vermeulen so Usus. Da die Stadt auf diesen Einwand nur mit dem Formschreiben reagierte, hielten wir es für notwendig, die Kommunalaufsicht von diesem Verfahren zu informieren. Von dort haben wir die Zusage, dass die Angelegenheit geprüft wird.

Hierzu passt sehr gut die Anfrage der MBI-Fraktion im Planungsausschuss nach dem Sachstand der Arbeiten zum Bebauungsplan G 12, insbesondere die Nachfrage zu den entsprechenden Gutachten.

**Alternativnutzung Streuobstwiese**

Anfang November fand auch ein erstes Informationsgespräch über die Rahmenbedingungen des Gedankens einer alternativen Nutzung des Geländes als Streuobstwiese statt.

Wir hatten natürlich keine Illusionen vor dem Gespräch mit dem Vertreter der Landwirtschaftskammer NRW, der für die Förderung der Streuobstwiesen durch Landes- und EU-Gelder zuständig ist. Aber es gibt keine Möglichkeiten, wenn man nicht Eigentümer der Fläche ist.

Trotzdem könnte es sinnvoll sein, diesen Gedanken durch entsprechende Kontakte zur Unteren Landschaftsbehörde weiter zu verfolgen und dann in konkretere Überlegungen einzusteigen. Immerhin ist das Gelände als „besonders schutzwürdiger landwirtschaftlicher Boden“ qualifiziert und wird seit vielen Jahrzehnten auch landwirtschaftlich genutzt.

**Tragen auch Sie bitte ein Päckchen bei**

Sie sehen, dass wir weiter am Ball bleiben, wenn es auch im Moment nicht so hoch hergeht. Wir wünschen uns, dass auch Sie aktiv bleiben und unser gemeinsames Anliegen ebenfalls durch qualifizierte Mitarbeit unterstützen. Wir würden uns ganz besonders freuen, wenn Sie sich und Ihre Fähigkeiten bei uns in der Arbeitsgruppe einbringen würden.

**Wenn viele ein kleines Päckchen nehmen, braucht sich keiner zu übernehmen!**

Wir wünschen Ihnen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start im Neuen Jahr.

22. November 2017